

■ vdek: Positive Einstellungen zur GKV

Der *Verband der Ersatzkassen* (vdek) hat Ende Januar die Ergebnisse einer Forsa-Umfrage vorgelegt. **Ergebnis:** Die medizinische Versorgung genießt eine hohe Anerkennung in der Bevölkerung. 85 Prozent der Menschen sind sehr zufrieden (30 %) oder zufrieden (55 %). Die große Mehrheit der Befragten bewertet auch die Grundprinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), wie die kostenfreie Familienversicherung, das Sachleistungsprinzip oder die solidarische Beitragserhebung, positiv.

Steigende Kosten für neue Leistungen der GKV sollten nach Meinung der Befragten nicht allein den Versicherten aufgebürdet werden, sondern gemeinsam von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (61 %) bzw. vom Staat durch Steuerzuschüsse (27 %) finanziert werden. Beim Thema Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung ist die Mehrheit (60 %) der Ansicht, dass Mehrkosten für den größer werdenden Pflegebedarf durch Steuerzuschüsse vom Staat finanziert werden sollen. Nur 9 Prozent sind für eine zusätzliche private Absicherung.

MEHR INFOS:
www.vdek.com

■ DIW: Unfaire Löhne gefährden Frauen-Gesundheit

Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung* (DIW Berlin) hat Mitte Dezember die Ergebnisse einer Studie über den Zusammenhang von unfairen Löhnen für Frauen und den Auswirkungen auf deren Gesundheit vorgelegt. **Ergebnis:** Bei Frauen, die ihr Einkommen über einen längeren Zeitraum als ungerecht empfinden, besteht ein stark erhöhtes Risiko, dass sie an Stresserkrankungen wie zum Beispiel Depressionen, Diabetes mellitus oder Herzproblemen erkranken. Bei Männern, die sich unfair entlohnt fühlen, ist dieses Risiko geringer.

Um herauszufinden, wie sich ein als ungerecht empfundenes Einkommen auf die Gesundheit auswirkt, analysierten Wissenschaftler der Hochschule Ravensburg-Weingarten die Daten von 5657 erwerbstätigen Männern und

Frauen, die zwischen 2005 und 2013 im Rahmen der Langzeitstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) des DIW Berlin immer wieder befragt wurden. Die Gesamtergebnisse der Studie wurde in der Fachzeitschrift „Das Gesundheitswesen“ veröffentlicht.

MEHR INFOS:
www.diw.de

■ BZgA: Themenschwerpunkt „Gynäkologische Erkrankungen“

Die *Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung* (BZgA) hat Anfang Januar einen neuen Themenschwerpunkt ihres Frauengesundheitsportals www.frauengesundheitsportal.de vorgestellt: „Gynäkologische Erkrankungen“. Interessierte können dort z.B. Informationen über Symptome und Behandlungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Gebärmuttererkrankungen bekommen. Ein weiteres Themenfeld sind die verschiedenen gynäkologischen Tumorarten – zum Beispiel der Brust, der Gebärmutter, der Eierstöcke oder der Vulva.

Das Frauengesundheitsportal geht auf mögliche Ursachen von Erkrankungen ein, erläutert Untersuchungsmethoden, stellt Behandlungsmöglichkeiten vor und gibt Hinweise zur Vorbeugung von Erkrankungen. Das Internetportal der BZgA bietet außerdem einen Überblick zu vielen anderen Gesundheitsfragen – von den Gefahren des Alkoholkonsums bis hin zum Thema Wechseljahre.

MEHR INFOS:
www.frauengesundheitsportal.de

■ Women in Global Health – Germany

Mitte Januar wurde in Berlin das Frauennetzwerk „*Women in Global Health – Germany*“ vorgestellt. Ziel ist es, Frauen in Führungspositionen im Bereich der globalen Gesundheit zu stärken. **Hintergrund:** Im stark von weiblichen Fachkräften geprägten Gesundheitsbereich sind die Führungspositionen überwiegend von Männern besetzt. Diesem Ungleichgewicht will das Frauennetzwerk mit der Veröffentlichung der Broschüre entgegenwirken.

Die Initiative „*Women in Global Health – A Movement for Gender Equality in Global Health Leadership*“ ging u.a. von Ilona Kickbusch aus, der langjährigen Expertin bei der WHO in Genf. Nachdem bereits eine Liste von 300 Frauen aus dem englischsprachigen Raum veröffentlicht wurde, die im Bereich der globalen Gesundheit arbeiten, wurde nun auch die Liste der „*Women in Global Health – Germany*“ veröffentlicht. Sie umfasst über 100 Frauen, die innerhalb oder außerhalb Deutschlands in staatlichen, nicht-staatlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen Organisationen oder Universitäten im Bereich der globalen Gesundheit tätig sind, sowie Frauen unterschiedlicher Nationalitäten, die in Deutschland in diesem Bereich arbeiten und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung haben. Die Initiatorinnen wollen mit der deutschen Liste dazu beitragen, „diesen Frauen mehr Sichtbarkeit zu geben, so dass sie sich auch gegenseitig unterstützen können“.

MEHR INFOS:
www.bundesgesundheitsministerium.de

■ GKV-SV: Präventionsbericht 2017

Der *GKV-Spitzenverband* (GKV-SV) hat Ende November gemeinsam mit dem *Medizinischen Dienst des GKV-Spitzenverbandes* (MDS) den *Präventionsbericht 2017* vorgestellt. **Ergebnis:** Fast 500 Mio. Euro gaben die gesetzlichen Krankenkassen 2016 für die Gesundheitsförderung in Lebenswelten, für betriebliche Gesundheitsförderung sowie für individuelle Präventionskurse aus. Laut Präventionsbericht haben sie damit 2016 das stärkste Ausgabenwachstum bei Gesundheitsförderung und Prävention seit 16 Jahren verzeichnet. Pro Versichertem betragen die Ausgaben 6,64 Euro – damit haben die Kassen den gesetzlich vorgesehenen Gesamtbetrag von sieben Euro pro Versichertem im ersten Geltungsjahr der gesetzlichen Bestimmung fast erreicht.

Rund 116 Mio. Euro haben die Krankenkassen 2016 für den Bereich Gesundheitsförderung in Lebenswelten ausgegeben. Mit diesen Aktivitäten erreichten sie rd. 3,3 Mio. Menschen, etwa ein Drittel mehr als im Vorjahr. Die Ausgaben für betriebliche Gesund-

heitsförderung stiegen von rd. 76 Mio. Euro im Jahr 2015 auf rd. 147 Mio. Euro im Jahr 2016. In über 13.000 Betrieben wurden rd. 1,4 Mio. Versicherte direkt mit Maßnahmen angesprochen, die physische und psychische Belastungen am Arbeitsplatz verringern helfen sollen.

Die Teilnehmerzahlen bei Kursangeboten, die sich an einzelne Versicherte wenden und sich mit Bewegungsförderung, Stressbewältigung, Ernährung und Raucherentwöhnung befassen, blieben 2016 mit rd. 1,7 Mio. auf Vorjahresniveau. Für diese individuellen Präventionsangebote gaben die Krankenkassen 211 Mio. Euro und damit vier Prozent mehr als im Vorjahr aus.

MEHR INFOS:

www.gkv-sv.de

■ WIdO: Heilmittelbericht 2017

Mitte Dezember hat das *Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO)* den *Heilmittelbericht 2017* veröffentlicht. **Ergebnis:** Rund 4,5 Millionen AOK-Versicherte haben 2016 eine Physiotherapie erhalten; die Behandlungsrate liegt bei Frauen (21,4 %) deutlich höher als bei Männern (13,4 %).

GKV-weit haben die an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzte im vergangenen Jahr 44 Millionen Verordnungen für Heilmitteltherapien ausgestellt, davon 15,8 Millionen an AOK-Versicherte. Sprachtherapie (6 %), Ergotherapie (6,6 %) oder podologische Behandlung (7,4 %) konzentrieren sich stark auf wenige Altersgruppen und haben damit einen geringeren Verbreitungsgrad.

Die mit großem Abstand häufigste Diagnose bei einer physiotherapeutischen Verordnung war 2016 unspezifische Rückenschmerzen. Bei fast jedem dritten physiotherapeutischen Patienten (31,5 %) waren sie der Anlass für eine Behandlung. Dazu kommen weitere 7,8 Prozent der Physiotherapiepatienten mit der Diagnose „Sonstige Krankheiten der Wirbelsäule“. Behandelt wird im Rahmen der Physiotherapie am häufigsten mit Krankengymnastik sowie Manueller Therapie.

MEHR INFOS:

www.wido.de

■ BMG: Studie zu Potential und Risiken von Cannabis

Ende November wurde die vom Bundesgesundheitsministerium geförderte Studie „*Cannabis: Potential und Risiken. Eine wissenschaftliche Analyse (CaPRis)*“ veröffentlicht. Die Studie fasst den aktuellen Forschungsstand zum Thema Cannabis zusammen und stellt die Risiken des Cannabiskonsums zu Rauschzwecken als auch der Nutzen von Cannabinoiden zum medizinischen Gebrauch dar.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler, sprach sich angesichts der Ergebnisse der Studie für eine intensivere Aufklärung über die Gefahren des Cannabiskonsums und die medizinische Versorgung cannabisabhängiger Menschen aus.

Aus wissenschaftlicher Sicht zeigt sich, dass es in den letzten Jahren einen deutlichen Anstieg der wissenschaftlichen Literatur, die sich mit den Risiken des Cannabiskonsums zu Rauschzwecken befasst, gegeben hat. Die vorgelegte Studie unterstreicht dementsprechend auch die unterschiedlich ausgeprägten Risiken für akuten und chronischen Konsum besonders. Dazu zählen beispielsweise eindeutige Einschränkungen in der Gedächtnisleistung, der Aufmerksamkeit und der Psychomotorik. Cannabiskonsum stehe auch im Zusammenhang mit Einbußen im Bildungserfolg und könne abhängig machen. Besondere Risiken sehen die Wissenschaftler im frühen Konsumbeginn in der Adoleszenz, intensiven Gebrauchsmustern sowie dem Co-Konsum von Tabak.

MEHR INFOS:

www.drogenbeauftragte.de

■ Deutscher Ethikrat: Big Data und Gesundheit

Ende November hat der *Deutsche Ethikrat* eine Stellungnahme „*Big Data und Gesundheit – Datensouveränität als informationelle Freiheitsgestaltung*“ veröffentlicht. Ziel ist es, eine den „Chancen und Risiken von Big Data angemessene verantwortliche informationelle Freiheitsgestaltung im Umgang mit gesundheitsrelevanten Daten“ zu ermöglichen. **Ergebnis:** Den Herausforderungen kann mit den Handlungsformen und Schutz-

mechanismen des traditionellen Datenschutzrechts nur unzureichend begegnet werden.

Hintergrund ist, dass auch im Gesundheitsbereich immer mehr Forscher, Firmen und Ärzte aus Big Data gewonnene Informationen nutzen. Zudem nimmt die individuelle Erfassung gesundheitsrelevanter Daten zu. In seiner Stellungnahme untersucht der Deutsche Ethikrat Chancen und Risiken für fünf gesundheitsrelevante Anwendungsbereiche von Big Data und analysiert die relevanten rechtlichen Vorgaben und ethischen Aspekte.

Das vorgeschlagene Konzept des Ethikrats enthält konkrete Handlungsempfehlungen zu vier Themenbereichen. Sie zielen darauf ab, die Potenziale von Big Data zu erschließen, die individuelle Freiheit und Privatheit zu wahren, Gerechtigkeit und Solidarität zu sichern und Verantwortung und Vertrauen zu fördern. Die empfohlenen Maßnahmen sollten, so der Ethikrat, zeitnah verwirklicht und finanziert werden. In einem Sondervotum fordert ein Mitglied den Verzicht auf die Nutzung von Big Data zu Forschungszwecken oder anderen Anwendungen, sofern ein umfassender Datenschutz, die Umsetzung effektiver Anonymisierungs- und Pseudonymisierungsstandards und das Recht auf Vergessen nicht gewährleistet werden können.

MEHR INFOS:

www.ethikrat.org

■ Bertelsmann-Stiftung: Suche nach Gesundheitsinformationen im Internet

Die *Bertelsmann-Stiftung* hat Mitte Januar die Ergebnisse einer Studie zur Nutzung des Internet bei der Suche nach Gesundheitsinformationen vorgelegt. **Ergebnis:** Mehr als die Hälfte der Patienten sind mit den im Internet gefundenen Gesundheitsinformationen zufrieden.

Die Studienergebnisse zeigen, dass die Motive der Online-Suchenden vielfältig sind. Patienten nehmen das Internet in Anspruch, um ärztliche Empfehlungen zu überprüfen, sich über Behandlungsalternativen zu informieren, sich mit anderen auszutauschen und emotionale Unterstützung zu erhalten. Die Recherche

gebe ihnen ein Gefühl von Sicherheit, Beruhigung oder auch Zerstreung, so die Studie. Weiterhin zeigt die Analyse: Das Internet zählt nach Gesprächen mit Ärzten und Angehörigen oder Freunden zu den drei am häufigsten herangezogenen Informationsquellen in Gesundheitsfragen. Um die Potenziale von Gesundheitsinformationen im Netz besser für gute Behandlungsergebnisse zu nutzen, empfehlen die Studienmacher:

- Alle Akteure im Gesundheitssystem sollten die Vielfalt von Gesundheitsinformationen anerkennen
- Ärzte sollten Patienten bestärken, sich selbst zu informieren
- Patienten sollten offen mit ihrem Arzt über eigene Rechercheergebnisse sprechen

MEHR INFOS:

www.bertelsmann-stiftung.de

■ DAK-Gesundheit: DAK-Digitalisierungsreport 2018

Die *DAK-Gesundheit* hat Anfang Februar ihren *DAK-Digitalisierungsreport 2018* vorgelegt. **Ergebnis:** Die befragten Mediziner bekundeten Interesse an digitalen Lösungen im Gesundheitssektor. Rund 80 Prozent nennen beispielsweise Videosprechstunden und Online-Coachings als nützliche Ansätze. Vor allem junge Ärzte sind digitalen Lösungen gegenüber offen. Allerdings sind E-Health-Anwendungen bei Medizinern in verschiedenem Maße bekannt: Während vier von fünf Ärzten die Video-Sprechstunde kennen, hat von der digitalen Patientenakte bislang nur jeder Zweite gehört.

Die Teilnehmer der Studie sind der Meinung, dass digitale Angebote konkrete Vorteile für die Behandlung haben. Ein überwiegender Teil sieht in digitalen Lösungen auch Vorteile, die über den Patientennutzen hinausgehen. So sehen Ärzte die Chance auf Wirtschaftlichkeit und Zeitersparnis für ihre Praxis. 85 Prozent sind sicher, dass sich neue medizinische Erkenntnisse und Leitlinien schneller verbreiten lassen. Fast 90 Prozent können sich vorstellen, dass wissenschaftliche Studien mit digitalen Methoden schneller durchgeführt werden können.

MEHR INFOS:

www.dak.de

■ BMG: Fachbericht zur Stärkung der Arbeit der Pflegekräfte

Mitte Dezember wurde ein vom *Bundesministerium für Gesundheit* (BMG) in Auftrag gegebener Fachbericht veröffentlicht, der die Aufgaben der Pflege auf der Grundlage des seit 1. Januar 2017 geltenden Pflegebedürftigkeitsbegriffs erläutert.

Ziel ist es laut BMG, Pflegekräfte und Pflegeeinrichtungen bei ihrer täglichen Arbeit zu unterstützen. Der Fachbericht soll als Orientierung dienen, die Pflege an den neuen Begutachtungsgrundsätzen auszurichten. In dem Bericht werden die pflegerischen Aufgaben mit Blick auf den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff beschrieben und erläutert, wie die Selbständigkeit von pflegebedürftigen Menschen gestärkt und die Pflege auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Pflegebedürftigen und ihrer Familien ausgerichtet werden kann. Autoren des Berichts sind Klaus Wingefeld, Universität Bielefeld, und Andreas Büscher, Hochschule Osnabrück.

MEHR INFOS:

www.bundesgesundheitsministerium.de

■ ZQP: Prävention in der häuslichen Pflege

Das *Zentrum für Qualität in der Pflege* (ZQP) hat Mitte Januar die Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung zur Prävention in der häuslichen Pflege vorgelegt. **Ergebnis:** Es besteht zwar großes Interesse an Informationen zur Prävention von Gesundheitsproblemen bei den über 50-jährigen pflegenden Angehörigen, jedoch fühlt sich mehr als die Hälfte der Befragten nicht ausreichend informiert.

46 Prozent der Befragten gab an, von einem Pflegeberater oder Pflegedienst darüber informiert worden zu sein, wie man gesundheitlichen Problemen des Pflegebedürftigen vorbeugen kann. Von diesen 46 Prozent setzte knapp ein Drittel die empfohlenen Maßnahmen nur teilweise oder gar nicht um. Gründe hierfür waren Zeitmangel (22 %) oder Unsicherheit, wie die Maßnahmen richtig durchgeführt werden sollten (18 %). Die Studie zeigt, dass die Beratung und Information von pflegenden Angehörigen verbessert werden muss. So gaben 73 Prozent der Befragten mit Pflegerfahrung an, keine Beratung zur Prävention in Fragen der eigenen

Gesundheit von einem Pflegedienst oder Pflegeberater erhalten zu haben.

ZUR INFO:

www.zqp.de

■ MDS/GKV-SV: 5. MDS-Pflege-Qualitätsbericht

Der *GKV-Spitzenverband* (GKV-SV) und der *Medizinische Dienst des GKV-Spitzenverbandes* (MDS) haben Anfang Februar den *5. MDS-Pflege-Qualitätsbericht* vorgestellt. **Ergebnis:** Viele Pflegeheime und ambulante Pflegedienste erfüllen die Anforderungen an eine gute Pflege. Es gibt aus Sicht des MDS jedoch weiterhin Verbesserungsbedarf. Mängel in der Heimversorgung gebe es bei der Schmerzerfassung und der Wundversorgung sowie in der ambulanten Pflege bei der Intensivpflege und bei der Beratung der Pflegebedürftigen. Leichte Verbesserungen sind bei der Dekubitusprophylaxe und bei freiheitsentziehenden Maßnahmen zu verzeichnen, so der Qualitätsbericht.

Seit Oktober 2016 sind auch Abrechnungsprüfungen verpflichtender Bestandteil der jährlichen Qualitätsprüfung von ambulanten Pflegediensten. Für den jetzt vorgelegten Pflege-Qualitätsbericht wurden die Daten aus 1.138 Prüfungen ausgewertet. Bei 35,2 Prozent der geprüften Pflegedienste stellten die MDK-Prüfer mindestens eine Auffälligkeit fest. 64,8 Prozent der Pflegedienste wiesen keine Auffälligkeiten auf. Zusammenfassend stellt der MDS fest: „Die meisten Pflegedienste arbeiten gut und zuverlässig und rechnen ordentlich ab. Ein Teil der Dienste zeigt aber gehäuft Auffälligkeiten bei der Abrechnung“. Deshalb müsse bei diesen Diensten „genauer nachgeschaut werden“.

Grundlage des Berichts sind Daten aus über 26.000 Qualitätsprüfungen, die im Jahr 2016 in Pflegeheimen und ambulanten Pflegediensten durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) stattgefunden haben. Die MDK-Prüfer untersuchten dabei die Versorgungsqualität bei 175.000 pflegebedürftigen Menschen.

MEHR INFOS:

www.mds-ev.de

TRENDS & FACTS wurden zusammengestellt und bearbeitet von Erwin Dehlinger